

**Antrag KPT 08.10.2015 -  
Konsequente Flüchtlingspolitik –  
Realitäten anerkennen**



**Der CDU-Kreisparteitag möge beschließen:**

- Die CDU Nordfriesland steht hinter Ingbert Liebing, MdB, sowie der Landtagsfraktion und begrüßt deren Vorstoß in der öffentlichen Debatte
- Flüchtlinge, die in der Bundesrepublik Deutschland untergebracht werden, müssen sich zum Grundgesetz bekennen
- Die CDU Nordfriesland lehnt eine Trennung der Flüchtlingen in den Erstunterkünften nach Religion und Ethnie ab
- Straftaten der Asylbewerber werden in keiner Weise geduldet und müssen sich negativ auf deren Verfahren auswirken
- Private Immobilien dürfen nicht zwecks langfristiger Unterbringung von Flüchtlingen dauerhaft enteignet werden
- Die CDU Nordfriesland fordert umgehend die Ausarbeitung von langfristigen und tragbaren Konzepten für die dauerhafte Sicherstellung von Aufnahmekapazitäten

**Begründung:**

Im Zuge der öffentlichen Diskussionen werden häufig realpolitische Umstände ausgeblendet, nichtlinkspopulistische Ansichten oft diskriminiert und die Gefahr vor Überforderung der kommunalen Infrastruktur absichtlich ignoriert. Ingbert Liebing hat dies mit seinen Vorschlägen zur konsequenteren Asylpolitik verdeutlicht. Wer Flüchtlingen Asyl gewährt muss im gleichen Zuge abgelehnte Bewerber konsequent abschieben, um das System nicht kollabieren zu lassen. Vorstellungen, dass dies anders funktionieren könne, sind Populismus.

In der Konsequenz dessen ist es notwendig, dass die hier untergebrachten Flüchtlinge eine angemessene Behandlung erfahren und vor allem die Gesetze der Bundesrepublik einhalten. Verstößt jemand gegen geltendes Recht, so gilt der Grundsatz, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und dementsprechend auch für die Folgen ihrer Taten einstehen müssen. Die Lösung dieses schwerwiegenden Problems ist nur über langfristige und gesellschaftlich tragbare Gesamtkonzepte zu erreichen. Zum einen die Komponente der sozialen Verträglichkeit und zum anderen auch die Rahmen der finanziellen Möglichkeiten müssen hierbei berücksichtigt werden.

Schließlich wollen wir weiterhin gewährleisten können, dass Menschen die um Leib und Leben fürchten, bei uns Hilfe erhalten.